



7. Juni 2013

ZA - INFO

PflichtschulgewerkschafterInnen sind entsetzt!

Gleiche Ausbildung muss zu einem gleichen Dienst- und Besoldungsrecht führen!

Die PflichtschullehrerInnen sind entsetzt, dass die ÖVP mit ihrem Dienstrechtsvorschlag die Zweiklassengesellschaft unter LehrerInnen fortschreiben will.

Trotz Masterausbildung für **alle** PädagogInnen plant das ÖVP-Modell in Zukunft weiter unterschiedliche Entlohnung und unterschiedliche Unterrichtsverpflichtung.

Für die PflichtschulgewerkschafterInnen ist es inakzeptabel, dass PflichtschullehrerInnen weiterhin die höchste Unterrichtsverpflichtung mit dem niedrigsten Lebenseinkommen haben sollen.

Wir fordern vom Vorsitzenden der PflichtschulgewerkschafterInnen sich vom geplanten Entwurf vehement zu distanzieren. Die Dienstrechtsverhandlungen dürfen nicht für politische Auseinandersetzungen im Vorfeld der Nationalratswahlen missbraucht werden.

Mit kollegialen Grüßen

Hermann Pansi Vorsitzender